

Substanzielles Protokoll 99. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 16. Dezember 2011, 17.00 Uhr bis 19.08 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Alain Kessler (FDP), Bruno Sidler (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 8. | 2011/345 | Weisung vom 21.09.2011:
Voranschlag (Budget) 2012 | FV |
| 19. | 2011/408 | E/A Dringliches Postulat von Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP) und Christian Traber (CVP) vom 02.11.2011:
Verkauf des Grundstücks unterhalb des Restaurants «Bürgli» an die Stiftung PWG oder an eine andere gemeinnützige Institution | FV |
| 24. | 2011/452 | A Postulat von Catherine Rutherford (AL) vom 07.12.2011:
Verkauf einer städtischen Parzelle im Glattpark, Sicherstellung eines Teils der Gesamtüberbauung nach den Kriterien der Kostenmiete des gemeinnützigen Wohnungsbaus | FV |
| 31. | 2011/469 | A Postulat von Rebekka Wyler (SP) und Walter Angst (AL) vom 07.12.2011:
Einbezug der Personalverbände bei der Erarbeitung der Mitarbeiterbefragung 2012 | FV |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

G e s c h ä f t e

2094. 2011/345

**Weisung vom 21.09.2011:
Voranschlag (Budget) 2012**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 98 vom 16.12.2011, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Beschlüsse:

2119. 2011/408

**Dringliches Postulat von Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP) und Christian Traber (CVP) vom 02.11.2011:
Verkauf des Grundstücks unterhalb des Restaurants «Bürgli» an die Stiftung PWG oder an eine andere gemeinnützige Institution**

Ausstand: Daniel Meier (CVP)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1914/2011): Das Restaurant Bürgli in Wollishofen ist im Quartier besonders wegen seines Gartens beliebt, der im Sommer rege genutzt wird. Unterhalb des Gartens liegt eine unverbaute Wiese, die den Blick auf den See freigibt. Im letzten Sommer beschloss die Stadt, als Eigentümerin des Restaurants, diese Wiese zu verkaufen. Viele WollishoferInnen können diese Entscheidung nicht nachvollziehen. Noch dazu: Wenn schon ein Verkauf stattfinden soll, warum an den Meistbietenden und nicht an eine andere gemeinnützige Institution? Eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sorgt sich über den Mangel an bezahlbarem Wohnraum in der Stadt. Deshalb sollten an einer solch sensiblen Lage quartierverträgliche Lösungen für diesen Verkauf gesucht werden.*

***Christoph Spiess (SD):** Am 27. November 2011 stimmte das Zürcher Volk für eine Förderung des günstigen Wohnungswesens. Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, so zu verdichten, dass es nirgendwo mehr ein Fleckchen Grün gibt. Die Bürgli-Wiese ist eine Quartierwiese auf der man noch atmen kann und das soll auch so bleiben. Deshalb bitten wir mit einem Textänderungsvorschlag darum, das Grundstück unterhalb des Bürgli gar nicht zu verkaufen. Nur dann würden wir dem Postulat zustimmen. Wir sind gegen die Vernichtung einer Wiese und das Restaurant wird auch durch einen gemeinnützigen Wohnklotz vor der Nase nicht aufgewertet.*

***Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)** begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 16. November 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Die Stadt ist nicht gewinnorientiert und deshalb ebenfalls eine gemeinnützige Institution. Darüber hinaus ist Zürich notleidend, aufgrund der hohen Verschuldung. Die Stadt kann es sich also gar nicht leisten, das Land günstiger als an den Meistbietenden zu verkaufen. Das Abstimmungsergebnis vom November 2011 wird überinterpretiert und dient nur als Generalabsolution für alles, was man durchpauken will.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Die AL wird sich am Schluss der Stimme enthalten. Der gemeinnützige Wohnungsbau sollte auf Orte und Grundstücke konzentriert werden, die ein gewisses Volumen haben und wo man sinnvoll und preisgünstig bauen kann. Das kann man an so einer Hanglage auf einer Kleinparzelle sicherlich nicht. Dies hätte einen hohen Aufwand und suboptimalen, teuren Wohnraum für wenig Leute zur Folge.

Christian Traber (CVP): Obwohl uns der Textänderungsantrag der SD nicht unsympathisch ist, können wir ihn nicht annehmen. Wir fordern nicht den billigsten Wohnraum, sondern eine quartierverträgliche Nutzung. In Wollishofen bedeutet das mehr Wohnungen für den Mittelstand.

Urs Fehr (SVP): Ich kann das Votum der SD nicht nachvollziehen. Wenn ich bei mir aus dem Fenster schaue, sehe ich den Uetliberg und den Züriberg. Eine grünere Stadt als Zürich gibt es nicht.

Christoph Spiess (SD): Urs Fehr (SVP), sie mögen in dieser privilegierten Wohnlage sein. Doch um mehr Wohnungen zu schaffen, werden z. B. in der Gutstrasse drei- bis vierstöckige Häuser abgerissen und dafür siebenstöckige Betonblöcke hingestellt. Je länger diese Entwicklung dauert, desto mehr ZürcherInnen werden nicht mehr wissen, wo sie den Uetliberg suchen müssen. Sie sehen dann nur noch graue Wände. In Zürich gibt es nicht zu wenig Wohnungen, sondern zu teure.

Das Dringliche Postulat wird mit 64 gegen 53 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2120. 2011/452

**Postulat von Catherine Rutherford (AL) vom 07.12.2011:
Verkauf einer städtischen Parzelle im Glattpark, Sicherstellung eines Teils der Gesamtüberbauung nach den Kriterien der Kostenmiete des gemeinnützigen Wohnungsbaus**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Catherine Rutherford (AL) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2055/2011): Die Stadt Zürich und Opfikon haben vor kurzem die erste Stadtteilwerkstatt für die Gebiete Glattpark, Auzelg und Leutschenbach organisiert. Auch wenn eine Grenze zwischen diesen Gebieten verläuft, muss man sie als Einheit betrachten, denn sie beeinflussen sich gegenseitig. Mit der Glattalbahn ist ein wichtiger Schritt eingeleitet worden, die Gebiete wachsen zusammen und sind gut erschlossen. Es gibt aber immer noch Schwierigkeiten, die gelöst werden müssen. So sollte dafür gesorgt werden, dass im Glattpark die Durchmischung besser wird und deshalb ein Mindestanteil an gemeinnützigen Wohnungen vorhanden ist. Zur Zeit bauen bereits zwei Genossenschaften, aber mit dem Verkauf der letzten städtischen Parzelle kann im Glattpark ein drittes Projekt angestossen werden.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Fehr (SVP): Über dieses Postulat wurde vorher schon diskutiert. Ich werde den Ablehnungsgrund der SVP deshalb nicht wiederholen. Fakt ist: Es gibt eine Gemeindegrenze zwischen der Stadt Zürich und Opfikon.

Daniel Meier (CVP): Die Parzelle befindet sich ausserhalb der Stadt und die Stadt soll diese meistbietend verkaufen. Will eine Gemeinde das Vorkaufsrecht haben, muss sie einen ähnlichen Preis zahlen. In der Stadt gibt es genug genossenschaftliche Wohnprojekte. Für den sozialen Wohnungsbau auf Gebieten ausserhalb der Stadtgrenze, ist Zürich nicht zuständig, auch wenn die Grenze nah ist. Opfikon muss sich alleine darum kümmern.

Niklaus Scherr (AL): Die Glattalbahn fährt exakt auf dieser Stadtgrenze und um diese Magnetachse laufen auf beiden Seiten parallele Entwicklungen ab. Die Gemeinden zogen am gleichen Strick als es darum ging, den Bau der Glattalbahn zu realisieren. Doch jetzt, wo die Tram fährt, will niemand mehr über den Zürich-Nord Kirchturm hinaus schauen. Dabei wäre dies ein Gebot der planerischen Vernunft. Auf der zum Verkauf stehenden Parzelle soll eine ausgewogene Mischnutzung aus Eigentumswohnungen und gemeinnützigen Wohnungen entstehen. Wieso wird erst ein intelligentes Mischkonzept erstellt, wenn die Stadt dann dem Meistbietenden die Parzelle für eine rein private Verfügung verkauft?

Roger Liebi (SVP): Es geht nicht nur um eine andere Wohnungsnutzung. Damit würde Zürich ziemlich direkt Einfluss auf das Steuereinkommen der Gemeinde nehmen. Opfikon, das sich für seinen Steuerfuss von 99% rühmt, sollten in dieser Hinsicht keine Vorschriften gemacht werden. Die Landbevölkerung und die Agglomeration sind sicher nicht begeistert, wenn die Stadt vorgibt, wie sie sich zu verhalten haben.

Christoph Spiess (SD): Ich kann der SVP nur empfehlen, dem Postulat zuzustimmen. Mit der dort einziehenden Mieterschaft, wird auch der Steuerfuss von Opfikon nochmals steigen und sich dem stadtzürcherischen Niveau annähern. Die flächendeckende Landschaftszerstörung ist im Glattal leider schon vollendet, weshalb es nichts mehr zu verlieren gibt. Wenn schon gebaut werden muss, dann wenigstens so, dass die Wohnungen bezahlbar sind.

Michael Baumer (FDP): Eine gemeinsame Planung ist in diesem Gebiet sicher nötig. Doch Niklaus Scherr (AL) plädiert dafür, dass die Stadt den Glattalgemeinden und insbesondere Opfikon vorschreibt, wie die Wohnbaupolitik dort aussehen muss. Das ist keine Kooperation. Vor allem deshalb nicht, weil sich die Glattalgemeinden zusammengeschlossen haben, um eine Konkurrenzposition zur Stadt darzustellen.

Niklaus Scherr (AL): Vertritt die FDP nicht das Eigentum? Die Stadt ist eine stolze Grundbesitzerin in Opfikon. Bevor ich mein Eigentum veräussere, kann ich doch entscheiden, wem ich es zuspreche. Das ist mein souveräner Entscheid, wo ist denn da die Bevormundung?

Das Postulat wird mit 65 gegen 57 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2049. Antrag 070.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Wir beantragen die Kürzung der eingestellten Mittel auf das Budgetniveau 2011.

Walter Angst (AL): Die Stadt meinte, es brauche keine Bewachung des Beckenhofs. Die RPK-Mehrheit indes findet, dass man richtig budgetieren muss.

S. 176 **20** **FINANZDEPARTEMENT**
2028 **Liegenschaften des Verwaltungsvermögens**
3180 0000 **Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
070.	Antrag Stadtrat		102'000		
	35'000		67'000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	77'000		25'000	Minderheit	Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Mehrheit: keine Bewachung Beckenhof nötig; Minderheit: gem. Budget 2011

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (67'000) 80 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 071.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Markus Knauss (Grüne): *In einer Wohnliegenschaft der Siedlung Hardau sollen Parkplätze zu öffentlichen Abstellmöglichkeiten umgenutzt werden. Dafür ist jedoch ein Bauentscheid nötig und die Bausektion muss das öffentliche Interesse begründen. Dies könnte spannend werden, denn die Parkplätze befinden sich nicht direkt in der Nähe von Einkaufsmöglichkeiten. Als Grund für die Umnutzung wird ein Abstimmungsversprechen des Stadtrats in Zusammenhang mit dem Hardau-Park angegeben. Wenn man so einen engen, inhaltlichen Kontext herbeiargumentiert, muss ein Ergänzungsantrag zu einem Kredit für den Hardau-Park gemacht werden. Ferner kosten die Plätze mit 30 000 Franken pro Parkierung schlicht zuviel, bedenkt man, dass hier nur saniert und nicht neugebaut wird. Der Betrag ist vollumfänglich zu streichen.*

Monika Erfigen (SVP): *Die RPK-Minderheit 2 ist der Ansicht, dass die Wohnliegenschaften des Verwaltungsvermögens günstiger unterhalten und gereinigt werden können. Wir beantragen deshalb die Kürzung des entsprechenden Aufwands.*

Walter Angst (AL): *Hier werden Teilausgaben von Renovationsprojekten über das Konto finanziert. Es macht deshalb wenig Sinn, daran herumzuschrauben, will man nicht gleichzeitig die Projektierungen zurücknehmen. Die Parkplätze stehen in Zusammenhang mit dem Projekt Hardau. Die 1,5 Millionen Franken Kosten hätten auf demselben Konto budgetiert werden müssen. Nun aus dem Rückstellungstopf der Wohnsiedlungen Geld zu nehmen, um 50 Parkplätze öffentlich zugänglich zu machen, ist nicht wirklich einleuchtend. Doch sie werden nun mal nicht gebraucht und sind deshalb für eine öffentliche Raumnutzung möglich, weshalb die RPK-Mehrheit beide Augen zudrückt.*

Weitere Wortmeldungen:

Marc Bourgeois (FDP): *Die 30 000 Franken pro Parkplatz stehen in Kontrast zu 15 000 Franken für einen Veloparkplatz.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: *Ich bin erstaunt darüber, dass die Grünen den Antrag als Teil des Objektkredits Hardau-Park fordern. Genau das wollte man seinerzeit nicht, aus Angst der Park würde zu teuer. Von den 100 damals nicht budgetierten Parkplätzen, sollten 50 ersetzt werden. Nur deshalb konnten wir den Hardau-Park so günstig bauen.*

S. 180	20 2031 3141 0000	FINANZDEPARTEMENT Wohnsiedlungen Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des VV
		Verbesserung Verschlech- Betrag
		terung
071.	Antrag Stadtrat	16'345'000 Mehrheit
		955'000 15'390'000 Minderheit 1
		3'500'000 12'845'000 Minderheit 2
		Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin Monika Erfigen (SVP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Grüne: Betrag Garage Hardau I streichen; SVP/FDP: Günstiger unterhalten und reinigen

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(16'345'000)	57 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(15'390'000)	15 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(12'845'000)	<u>39 Stimmen</u>
Total		111 Stimmen
= absolutes Mehr		56 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 072.

Kommissionsminderheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Wenn es überhaupt ein Parkhaus braucht, muss dieses zweckmässig und sicher sein. Wir benötigen keine Themenparkhäuser in der Stadt. Denn sonst werden im Parkhaus West plötzlich Palmen gepflanzt und Sand ins Treppenhaus gestreut, nur weil es auf dem Dach einen Pool und eine Bar gibt. Wir ziehen deshalb die Anträge 72, 73,74 und 75 zurück, weil das Parkhaus Hohe Promenade bereits eröffnet ist.*

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): *Karin Rykart Sutter (Grüne) kann ihren eigenen Antrag gerne zurückziehen. In ihrer Aufzählung gibt es aber auch Anträge, bei denen wir in der Minderheit sind. Die SVP wurde nicht gefragt, ob sie diese auch zurückzuziehen will.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Ich ziehe die Minderheitsanträge 72 und 75 zurück.*

Kommissionsmehrheit:

Walter Angst (AL): Ich bitte die SVP zu begründen, warum sie für den Antrag ist.

Weitere Wortmeldungen:

Monika Erfigen (SVP): Der Antrag von Karin Rykart Sutter (Grüne) wird nicht zurückgezogen, sondern begründet.

S. 184	20 2032 3142 0102	FINANZDEPARTEMENT Parkhäuser Renovationen der Liegenschaften des FV
		Verbesserung Verschlech- Betrag
		terung
072.	Antrag Stadtrat	1'900'000 Mehrheit
		1'900'000 0 Minderheit
		Enthaltung
		Stimmen
		Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin Samuel Dubno (GLP)
		Begründung: Keine Aufwertungs- massnahme Parkhaus Hohe Promenade

Karin Rykart Sutter (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zu.

Antrag 073.

Kommissionsminderheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Wir gehen beim Antrag 73 in die Enthaltung.

S. 184	20 2032 3730 0700	FINANZDEPARTEMENT Parkhäuser Übertrag nicht betriebsnotwendiger Überschüsse auf die Finanzverwaltung
		Verbesserung Verschlech- Betrag
		terung
073.	Antrag Stadtrat	750'000 Mehrheit
		500'000 1'250'000 Minderheit
		Enthaltung
		Stimmen
		Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli- Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP) Samuel Dubno (GLP)
		Begründung: Mehr Geld in die Stadtkasse

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse).

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 10 Stimmen zu.

Antrag 074.

Kommissionsminderheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Auch dieser Posten ist mit dem Antrag 72 gekoppelt. Weil wir diesen zurückgezogen haben, werden wir uns hier wieder enthalten.

S. 156	20 2015 4730 0700	FINANZDEPARTEMENT Finanzverwaltung Übernahme nicht betriebsnotwendiger Überschüsse aus Rechenkreisen der Liegenschaftenverwaltung				
		Verbesserung Verschlechterung Betrag Stimmen				
074.	Antrag Stadtrat					
				-750'000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		500'000		-1'250'000	Minderheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP)
					Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Gegenbuchung zu Konto 2032 Parkhäuser Konto 3730 0700

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 12 Stimmen zu.

Antrag 075.

Wortmeldungen siehe Antrag 072.

S. 184	20 2032 3800 0000	FINANZDEPARTEMENT Parkhäuser Einlage in das Ausgleichskonto der Spezialfinanzierung				
		Verbesserung Verschlechterung Betrag Stimmen				
075.	Antrag Stadtrat			405'500	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			1'400'000	1'805'500	Minderheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin
					Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Einlage aus Konto 2032 Parkhäuser 3142 0102 [Ausgleich Saldo aus Buchungen der Anträge 072. und 073.]

Karin Rykart Sutter (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zu.

Antrag 076.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Weil es in einem Globalbudget nicht zulässig ist, Kürzungsanträge zu einzelnen Remo-Konti zu stellen, haben wir unsere Anträge fürs Steueramt zusammengefasst. Mit dem Antrag 76 fordern wir eine Saldoverbesserung auf den für

das Jahr 2011 budgetierten Betrag, bzw. eine 50% Reduktion der Ausgaben auf dem Konto temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit. Diese ist schwer nachvollziehbar für ein Steueramt, von dem es nur eines gibt in der Stadt.

Walter Angst (AL): Die RPK-Mehrheit ist schon vorher gegen die individuellen Kürzungen der SVP gewesen und bleibt bei ihrer Mehrheitsmeinung.

S. 186	20 2040	FINANZDEPARTEMENT Steueramt Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudgets / Saldo			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
076.	Antrag Stadtrat				Mehrheit
			400'000		Minderheit
					Enthaltung
					Stimmen
					Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP), Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
					Begründung: Saldoverbesserung

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 077.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Das Human Resources Management (HR) beantragt Geld, um einen neuen Leiter für die Dokumentation einzustellen. Zusätzlich sollen 1,2 Stellen für den Internetauftritt/Intranetauftritt und die neuen Medien geschaffen werden. Zwei dieser Stellen sind unbefristet. Die halbe Stelle ist auf zwei Jahre befristet für Schulungen und Learning Solutions. Was ist unter diesem Begriff überhaupt zu verstehen? Ein Durchschnittslohn von rund 100 000 Franken wird im Vergleich zum letztjährigen Budget in Aussicht gestellt. Der Betrag muss nicht in solcher Höhe aufgestockt werden.

Walter Angst (AL): Unter Learning Solutions versteht man die Administration der Bildungsmaßnahmen. Wenn man dagegen ist, muss man verständlicherweise auch das Projekt ablehnen. Für die Mehrheit der RPK ist die Stellenschaffung im HR ausgewiesen und zurückhaltend, auch in Bezug auf die neuen Aufgaben, die das HR übernimmt.

S. 187	20 2050 3010 0000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
077.	Antrag Stadtrat				Mehrheit
			626'000		Minderheit
					Enthaltung
					Stimmen
					Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP), Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Samuel Dubno (GLP)
					Begründung: Keine Budgeterhöhung gegenüber Budget 2011

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 23 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 078. und 079.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Für die Durchführung einer MitarbeiterInnen-Befragung budgetiert das Personalamt Ausgaben von 100 000 Franken auf dem Konto Druck- und Reproduktionskosten. Weitere 120 000 Franken stehen auf dem Konto Post- und Telekommunikationsgebühren. Die RPK-Minderheit bei Antrag 78 und die RPK-Mehrheit bei Antrag 79 ist der Meinung, wenn schon eine MitarbeiterInnen-Befragung durchgeführt wird, kann diese auch auf elektronischem Weg erfolgen. Für rund 25 000 MitarbeiterInnen können so oder so kaum Postgebühren von 120 000 Franken anfallen. Der Stadtrat begründet, dass nicht alle MitarbeiterInnen der Stadt an ihrem Arbeitsplatz einen IT-Zugriff haben. Der OIZ-Direktor verkauft aber die hervorragende Rentabilität des OIZ mit den flächendeckenden IT-Arbeitsplätzen. Wir stellen in beiden Fällen den Kürzungsantrag.

Walter Angst (AL): Die MitarbeiterInnen-Befragung ist der direkte Nachfolger einer 2008 erstmals durchgeführten Umfrage. Man versucht Vergleichszahlen zu bekommen, ob die eingeleiteten Massnahmen, insbesondere im Gesundheitsbereich, etwas gebracht haben. Es wäre nicht sinnvoll, keine Kontrollbefragung zu machen. Beim Antrag 79 ist eine Minderheit der FDP und AL der Meinung, dass man dem Stadtrat freie Hand bei der Durchführung lassen sollte.

S. 188	20 2050 3101 0000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
078.	Antrag Stadtrat				437'800	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		100'000			337'800	Minderheit	Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Auf Mitarbeiter-Befragung verzichten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 37 Stimmen zu.

Antrag 079.

Weitere Wortmeldungen siehe Antrag 078.

Martin Abele (Grüne): Auch wir befürworten die MitarbeiterInnen-Befragung. Es sollte geprüft werden, ob die Handlungsfelder zum Thema Gesundheit, Arbeitssituation und Zufriedenheit inzwischen gegriffen haben. Es entbehrt jeglicher Fachkenntnis, im Verlauf einer solchen Befragung die Untersuchungsanlage ändern zu wollen. Man kann den Extra-Versand nicht einfach durch E-Mails ersetzen und meinen, es sei noch die gleiche Untersuchung. 2008 gab es einen sehr guten Rücklauf von 53%. Der Rücklauf ist eines der wichtigsten Qualitätskriterien und daran sollte nicht geschraubt werden.

Roger Liebi (SVP): 53% ist kein guter Rücklauf. In den KMU's gibt es bei solchen MitarbeiterInnen-Befragungen stets einen Rücklauf von etwa 95%, dies länderübergreifend und mittels elektronischer Medien. Beim OIZ sollte es möglich sein, so eine Plattform zu schaffen, ohne wieder Millionen auszugeben. Dann hätte man vielleicht auch einen besseren Rücklauf.

S. 188	20 2050 3181 0000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Post- und Telekommunikationsgebühren				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
079.	Antrag Stadtrat				377'500	Minderheit
						Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
			120'000		257'500	Mehrheit
						Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Auf Mitarbeiter-Befragung verzichten, keine Extraversände

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 21 Stimmen zu.

Antrag 080.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): *Wir halten die Durchführung der Befragung für unnötig. Dies ist der dritte Betrag, der dafür eingestellt wird.*

Urs Fehr (SVP): *Der gleiche Betrag wie auf der Rechnung 2010 sollte ausreichen. Von Sparen kann keine Rede sein. Sparen wäre ganz runterfahren; wir fordern lediglich einen Gleichstand.*

Walter Angst (AL): *Wir sind klar für die MitarbeiterInnen-Befragung und gegen die Kürzungen der SVP.*

S. 189	20 2050 3186 0000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
080.	Antrag Stadtrat				720'000	Mehrheit
						Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			150'000		570'000	Minderheit 1
			360'000		360'000	Minderheit 2
						Samuel Dubno (GLP) Referent Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: GLP: Auf Mitarbeiter-Befragung verzichten; SVP: Keine Erhöhung gegenüber RG 2010

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (720'000) 85 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

2121. 2011/469

**Postulat von Rebekka Wyler (SP) und Walter Angst (AL) vom 07.12.2011:
Einbezug der Personalverbände bei der Erarbeitung der Mitarbeiterbefragung
2012**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: *Wir lehnen das Postulat ab, weil wir eine Kontroll-Befragung mit genau den gleichen Fragen wie 2008 durchführen. Wir bekommen nur ein messbares Resultat, wenn wir zweimal das Gleiche fragen. Wir hätten das Postulat entgegengenommen, wenn es auf zukünftige Befragungen bezogen wäre. Doch 2012 läuft alles genauso wie 2008.*

Rebekka Wyler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2067/2011): *Wir sagen nicht, dass man andere Fragen als 2008 stellen muss. Wir sagen nur, dass man noch zusätzliche Fragen stellen kann. Dies mindert die Vergleichbarkeit nicht, kann aber nützlich sein für künftige Befragungen. Die SP wundert sich darüber, dass nicht schon 2008 die Personalverbände miteinbezogen wurden. Sie wissen ja genau, wo dem Personal der Schuh drückt.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP): *Ich muss Rebekka Wyler (SP) Recht geben. Im Postulat ist nur von zusätzlichen Fragen die Rede, die Vergleichbarkeit wäre also gewährleistet. Wir lehnen das Postulat aber trotzdem ab, denn es ist ein Armutszeugnis, dass es überhaupt gestellt werden muss. Offensichtlich funktioniert die Sozialpartnerschaft nicht mehr richtig. Diese Diskussion sollte nicht Sache des Gemeinderats sein, sondern zwischen den PartnerInnen geführt werden.*

Das Postulat wird mit 60 gegen 61 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2094. Antrag 082.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Das Case Management ist keine schlechte Sache, wenn Leute in einen Arbeitsprozess reintegriert werden können und dadurch weniger Kosten anfallen. Die Tendenz ist aber, dass hier mit Stellen übersteuert wird. Vor einem Jahr haben wir diese gekürzt, der Sparfortschritt sollte nicht zurück buchstabiert werden.*

Walter Angst (AL): *Das Case Management wurde im Rat besprochen und ist ein Erfolgsmodell. Es war ein Fehler, im letzten Jahr auf diesem Posten einzusparen. Gegenüber den ArbeitnehmerInnen und der Stadt macht diese Budgetierung Sinn, weil so langfristig Kosten gespart werden.*

S. 191	20 2051 3011 0000	FINANZDEPARTEMENT Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz Löhne der Teilnehmenden an Einsatzprogrammen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
082.	Antrag Stadtrat				3'070'000	Mehrheit
			1'395'100		1'674'900	Minderheit
						Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP), Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
						Begründung: Kein Mehraufwand für Reintegrations- und Sozialstellen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 083.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Das Grundkonzept Optimaler Berufseinstieg wird von der FDP akzeptiert. Es wäre jedoch sinnvoller gewesen, nochmals einen Versuch zu starten, statt das Konzept direkt definitiv einzuführen. Zu viele Stellen verhindern letztlich die Dynamik, weshalb wir eine Kürzung auf 20 Stellen beantragen.

Walter Angst (AL): Es macht wenig Sinn, das, was vor einer Woche beschlossen wurde, nicht ins Budget zu stellen.

S. 193	20 2052 3010 0000	FINANZDEPARTEMENT Optimaler Berufseinstieg Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
083.	Antrag Stadtrat				630'300	Mehrheit
			180'000		450'300	Minderheit
						Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP), Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
						Begründung: 20 statt 30 Stellen genügen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 37 Stimmen zu.

Antrag 084.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Das Departement Information und Informatik sollte dazu dienen zu rationalisieren. Die SVP kritisiert die Aufstockung von Stellen im beträchtlichen Sinn und beantragt die Kürzung.

Walter Angst (AL): 2012 werden die beiden Rechenzentren in Betrieb genommen und diverse Projekte weiter fortgesetzt. Jetzt dort zu kürzen, würde zu erheblichen Mehrkosten führen.

S. 195	20 2080 3010 0000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
084.	Antrag Stadtrat				42'968'100	Mehrheit
						Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			2'737'700		40'230'400	Minderheit
						Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Keine zusätzlichen Stellen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 085. bis 087.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): *Wir haben kein Verständnis dafür, dass die Stadt weiterhin auf Windows Vista setzt. Zu einem Zeitpunkt, wo man bereits vom Nachfolger, Windows 7, redet und Microsoft selber zugibt, dass Vista eigentlich ein Flop ist. Ein öffentlicher Computer kann ein Jahr länger an einem Arbeitsplatz stehen bleiben und funktioniert einwandfrei, dasselbe gilt für Bildschirme. Die Stadtverwaltung hat generell umgestellt auf Dell, doch gerade bei Fragen zum Support ist Dell nicht günstiger als HP und noch dazu wesentlich komplizierter. Wir möchten die OIZ bitten, zu überprüfen, ob noch etwas optimiert werden kann.*

Walter Angst (AL): *Der Stadtrat hat der OIZ befohlen, den Betrag auf den Konten zu kürzen. Dann folgten die Pauschalkürzungen und jetzt will die SVP nochmals streichen. Das ist nicht mehr kohärent. Es wird billiger, wenn man alles gleichschaltet und miteinander austauscht, als kurz vor der Erneuerung der Arbeitsplätze noch einen Strategiewechsel vorzunehmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Offenbar ist Walter Angst (AL) nun auch noch Informatikspezialist geworden. Die SVP-Anträge kamen, bevor die GLP ihre Kompromissvorschläge mit den Kürzungen einreichte.*

S. 196	20 2080 3113 0201	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Anschaffungen IT-Anlagen Software OIZ				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
085.	Antrag Stadtrat				7'366'700	Mehrheit
						Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			800'000		6'566'700	Minderheit
						Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Muss günstiger möglich sein			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 086.

Wortmeldungen siehe Antrag 085.

S. 196	20 2080 3153 0000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Unterhalt IT-Anlagen Software	Verbesserung	Verschle- terung	Betrag		Stimmen
086.	Antrag Stadtrat				16'079'000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			2'994'700		13'084'300	Minderheit	Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Keine neuen Vista Lizenzen				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 087.

Wortmeldungen siehe Antrag 085.

S. 198	20 2080 506201	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Anschaffung IT-Anlagen Hardware	Verbesserung	Verschle- terung	Betrag		Stimmen
087.	Antrag Stadtrat				41'321'800	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			5'000'000		36'321'800	Minderheit	Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Weitere Einsparungen möglich				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 23 Stimmen zu.

POLIZEIDEPARTEMENT

Antrag 088.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Das zusätzliche Personal wird benötigt, kann aber innerhalb des Polizeidepartements kompensiert werden. Gerade dann, wenn es um einen IKS-Beauftragten geht.

Florian Utz (SP): Dem Polizeidepartement sollten die notwendigen personellen Ressourcen genehmigt werden. Das gilt sowohl für die Frontstellen, die man bei einer Kompensierung innerhalb des Departements abbauen müsste, als auch für die Verwaltungsstellen.

S. 200	25 2500 3010 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Polizeidepartement Zentrale Verwaltung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
088.	Antrag Stadtrat				2'278'800	Mehrheit
			134'600		2'144'200	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP) Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
						Begründung: IKS-Beauftragter. Neue Funktionen durch Aufgabenverzicht kostenneutral ausführen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 55 Stimmen zu.

S. 201	25 2500 3186 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Polizeidepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
089.	Antrag Stadtrat				100'000	
			50'000		50'000	Zustimmung
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
						Begründung: Falsche Budgetierung WC Sihlquai

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

S. 200	25 2500 3161 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Polizeidepartement Zentrale Verwaltung Mieten und Benutzungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
090.	Antrag Stadtrat				5'500	
				16'700	22'200	Zustimmung
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
						Begründung: Falsche Budgetierung WC Shilquai, Gegenkonto1 zu 2500 3186 0000

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse).

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 200 **25** **POLIZEIDEPARTEMENT**
2500 **Polizeidepartement Zentrale Verwaltung**
3180 0000 **Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
091. Antrag Stadtrat			85'000	
		33'300	118'300	Zustimmung
	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)			

Begründung: Falsche Budgetierung WC Sihlquai, Gegenkonto2 zu 2500 3186 0000

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse).

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 202 **25** **POLIZEIDEPARTEMENT**
2501 **Schutzraumbautenfonds**
3630 0000 **Beiträge an eigene Unternehmungen**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
092. Antrag Stadtrat			200'000	
	200'000		0	Zustimmung
	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)			

Begründung: Überprüfung Ausgaben durch STR, Gegenkonto zu 2550 4630 0110

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

S. 221 **25** **POLIZEIDEPARTEMENT**
2550 **Schutz und Rettung**
4630 0110 **Beiträge des Schutzraumbautenfonds**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
093. Antrag Stadtrat			-200'000	
		200'000	0	Zustimmung
	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)			

Begründung: Gegenkonto zu 2501 3630 0000

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse).

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 094.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): Pro Jahr werden zwischen 25 und 30 zentrale Parkuhren und etwa 150 Sammelparkuhren ersetzt. Die Minderheit ist der Auffassung, dass der Antrag des Stadtrats um zusätzliche 150 000 Franken gekürzt werden kann. Dabei werden nicht 30 zentrale Parkuhren, sondern nur 25 und nicht 150 Sammelparkuhren, sondern nur 130 angeschafft. Dies hat keine Verzögerung in der Ersatzbeschaffung zur Folge.

Florian Utz (SP): Die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung ist grundsätzlich unbestritten. Wenn man die Parkuhren aber erst 2013 statt 2012 beschafft, wird es nicht billiger. Das einzige was sich ändert ist, dass man 2012 noch alte Geräte hat, die man reparieren muss. Das verursacht wieder Kosten. Unter dem Strich spart man nichts, weil genau die gleiche Anzahl angeschafft wird.

Weitere Wortmeldungen:

Roland Scheck (SVP): In der Beschaffung von Parkuhren können durch eine zurückhaltendere Etappierung und ein besseres Life-Cycle-Management Kosten gespart werden. Dies betrifft sowohl die Einmalkosten wie auch die wiederkehrenden Kosten, ohne nachteilige Folgen für den Betrieb.

S. 203	25 2505 3111 0113	POLIZEIDEPARTEMENT Parkgebühren Anschaffungen Parkuhren, Zentrale Parkuhren und Signalisationseinrichtungen			
		Verbesserung Verschlechterung Betrag Stimmen			
094.	Antrag Stadtrat		1'200'000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		150'000	1'050'000	Minderheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Ersatzbeschaffung Zentrale Parkuhren: 2012 tiefere Tranche geplant

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 49 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 095. und 099.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Parkplatzmarkierungen werden heute durchschnittlich alle sieben Jahre erneuert. Wenn man dies um ein Jahr strecken würde, hätte man ein Sparpotenzial von 40 000 Franken auf diesem Konto. Dasselbe gilt für den Antrag 99. Hier könnte man im Unterhalt der blauen Zone knapp 70 000 Franken sparen, wenn man eine Erneuerung durchschnittlich alle 8 statt 7 Jahre durchführen würde.

Florian Utz (SP): Warum man die Erneuerung alle sieben Jahre macht und nicht alle zwanzig Jahre, hat einen guten Grund: Nach sechs, sieben Jahren blättert die Markierung langsam ab. Man erkennt sie zwar noch, was also nur eine leichte Verschlechterung

zung des Stadtbilds zur Folge hat. Doch auch eine leichte Verschlechterung möchten wir nicht. In gewissen Fällen wird es so sein, dass man die Markierung trotzdem schon vorher erneuern muss, weil sie nicht mehr erkennbar ist. Mit dem Antrag der GLP müsste diese Mehrbelastung dann durch Steuergelder finanziert werden.

S. 203	25 2505 3149 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Parkgebühren Unterhalt übriger Anlagen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
095.	Antrag Stadtrat				620'000	Mehrheit
			70'000		550'000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Durchschnittliche Erneuerung von 7 auf 8 Jahre anheben

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 59 Stimmen zu.

Antrag 096.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): *Jährlich wird rund ein Drittel des Parkuhrbestands repariert. Diese Wartungsleistungen beinhalten den Ersatz von verschlissenen Teilen oder die Behebung von Störungen. Der Antrag des Stadtrats kann gekürzt werden, wenn man nicht alle 450 Geräte einer Totalrevidierung unterzieht sondern nur diejenigen, bei denen ein Totalausfall prognostiziert wird und dadurch keine Gebühren mehr eingezogen werden können.*

Florian Utz (SP): *Antrag führt dazu, dass man defekte Parkuhren nicht mehr reparieren kann, dass niemand zahlen und auch nicht mehr parkieren kann. Es gibt konstruktivere Wege, um Stadtinitiative umzusetzen, als es den AutofahrerInnen zu verunmöglichen, ihre Parkgebühren ordentlich zu zahlen.*

S. 203	25 2505 3151 0105	POLIZEIDEPARTEMENT Parkgebühren Unterhalt Parkuhren, Zentrale Parkuhren und Signalisationseinrichtungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
096.	Antrag Stadtrat				480'000	Mehrheit
			200'000		280'000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP) Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Weniger Unterhalt nötig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 51 Stimmen zu.

Antrag 097.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Der Stadtrat rechnet mit 15 Millionen Franken Einnahmen bei der Münzgeldzählung und mit 2% Kosten. Bei mir sind 2% von 15 Millionen Franken 300 000 Franken. Wieso sind auf diesem Konto dann 500 000 Franken eingestellt? Ist das die Systematik in der städtischen Verwaltung, einfach ein bisschen zu überbuchen, um immer genug Luft zu haben?

Florian Utz (SP): Die Einnahmen aus den Parkgebühren sind nicht 15 Millionen Franken, sondern 21 Millionen Franken. Sie setzen sich zusammen aus 15 Millionen Franken Parkuhrkontrollgebühren und 6 Millionen Franken Parkierungsgebühren, also der Gebühr für den gesteigerten Gemeingebrauch. 2% von 21 Millionen Franken gibt 420 000 Franken, dazu kommen 20 000 Franken für das Zählen der Euromünzen. Diesen Betrag erhält die VBZ. Der Rest ist Reserve für den Fall, dass die Einnahmen ein bisschen höher ausfallen. Ist dem nicht so, werden die 500 000 Franken nicht ausgeschöpft, sondern einfach die 440 000 Franken gezahlt.

S. 203	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2505	Parkgebühren				
	3180 0105	Entschädigung an VBZ für Münzgeldverarbeitung				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
097.	Antrag Stadtrat			500'000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		200'000		300'000	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
					Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)

Begründung: zu hohe Kosten Münzgeldzählung

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 51 Stimmen zu.

Antrag 098.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): Mit der Entleerung der 1350 Parkuhren in der Stadt, ist eine Firma beauftragt. Die Kosten werden pauschal pro Parkuhr und Jahr jeweils vierteljährlich abgerechnet. Die Pauschalkosten für die zentralen Parkuhren betragen pro Parkuhr 583 Franken, die Pauschalkosten für die Sammelparkuhren mit einer wöchentlichen Leerung und Reinigung 366 Franken pro Jahr. Der Antrag des Stadtrats um zusätzliche 30 000 Franken kann gekürzt werden. Der Auftragnehmer muss nur eine Person weniger für die Entleerung einsetzen und der Umfang der Arbeit wird nicht gestört.

Florian Utz (SP): Es gilt hier dasselbe Prinzip wie bei Antrag 96. Wenn man die Parkuhren weniger häufig leert, sind sie schneller voll. Dies führt dazu, dass die AutofahrerInnen keine Münzen mehr nachwerfen und nicht parkieren können.

S. 203	25 2505 3180 0207	POLIZEIDEPARTEMENT Parkgebühren Entschädigung an Dritte für Parkuhrenleerung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
098.	Antrag Stadtrat				600'000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
			30'000		570'000	Minderheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP)
			Begründung: Weniger Personal nötig			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 51 Stimmen zu.

Antrag 099.

Wortmeldungen siehe Antrag 095.

S. 205	25 2506 3149 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Blaue Zonen Unterhalt übriger Anlagen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
099.	Antrag Stadtrat				566'000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
			70'000		496'000	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Durchschnittliche Erneuerung von 7 auf 8 Jahre anheben			

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 62 Stimmen ab.

Anträge 100. und 100.a

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Roger Liebi (SVP): *Erst kürzlich haben wir im Rat den Überzeitentschädigungen für die Polizei zugestimmt. Infolgedessen stellen wir jetzt im Budget dieses Geld zur Verfügung.*

Walter Angst (AL): *Die Polizei soll ihre Aufgaben mit den nötigen Mitteln bestmöglich erfüllen. Aber man sollte dem Korps nicht immer wieder neue Tätigkeiten aufzwingen, wodurch zusätzliche Überstunden provoziert werden. Diese Überstunden sind über die Personalbestände zu kompensieren. Der Stadtrat kann darüber hinaus einen Antrag auf Überzeitauszahlung stellen in der Höhe, in der sie effektiv benötigt wird. Es macht keinen Sinn, hier die ganze beantragte Summe zu genehmigen. Mit dem Budgetgeld soll zudem eine Stelle zur Umsetzung der Prostitutionsgewerbeverordnung geschaffen werden. Dieser neue Sittenpolizist soll die noch festzulegenden Bewilligungen dementsprechend umsetzen. Doch es braucht keine zusätzliche Kraft, die die Etablissements durchsucht und überprüft, ob alles seine Ordnung hat. Die Legiferierung sollte nicht zur Folge haben, dort Personal einzusetzen, wo es nicht benötigt wird.*

Marcel Schönbächler (CVP): Die CVP ist für die Auszahlung der Überzeimentschädigungen, doch in gleichem Mass für die Schaffung weiterer Polizeistellen. Im Budget sind 16 neue Arbeitsplätze eingestellt, jedoch ist dies nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Fakt ist: Schweizweit fehlen 1500 PolizistInnen, 80 werden allein in Zürich mehr benötigt. Die Überzeit hat sich vor allem deshalb angehäuft, weil zu wenig PolizistInnen mehr Arbeit verrichten müssen. Die 16 neuen Stellen sind fast ausschliesslich Frontstellen. Doch die Polizei braucht ebenso Leute in der Prävention und Organisation, um die Einsatzkräfte entsprechend zu verteilen. Mit der Eröffnung der Tramlinie Zürich-West wird der Kreis 5 einen enormen Zuwachs erfahren. Ohne eine Aufstockung des Personals ist diese Entwicklung nicht zu bewältigen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Das Personal will in erster Linie die ihm zustehende Freizeit ausleben. Ihm geht es nicht darum, am Wochenende Mehreinsätze zu leisten, um sich danach diese Überzeit auszahlen zu lassen. Deshalb haben die Möglichkeit einer Überzeitauszahlung bisher auch nicht alle MitarbeiterInnen genutzt und es ist nicht zu erwarten, dass die budgetierten 2 Millionen Franken voll ausgeschöpft werden. Der Betrag soll jedoch eine Leistungsanerkennung sein, denn die Belastungen des Personals müssen insgesamt sinken.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Dem Postulat der SVP stimmt die SP zu. Den Antrag der AL auf Verzicht der Kripostelle, erachtet die SP jedoch nicht als sinnvoll. Im Prostitutionsgewerbe geht es auch um Menschenhandel, dort muss genauer hingeschaut werden. Die grösste Diskussion löst die Frage nach der Anzahl Polizeistellen aus. Bei der letzten Budgetdebatte stimmten wir für 15 neue Arbeitsplätze, daran halten wir weiterhin fest. Ob im Sinne der CVP darüber hinaus Stellen nötig sind, wird die Verzichtsplanung der Stadtpolizei im Frühjahr zeigen. Dann könnte eine weitere Aufstockung auf die nächsten drei Jahre verteilt werden. So würden immer die jeweils 15 besten AnwärterInnen pro Jahr ausgesucht.

Samuel Dubno (GLP): Vor einigen Wochen wollte die CVP das Postulat unterstützen. Nun verlangt sie plötzlich 30 neue Polizeistellen. Das ist nicht nachvollziehbar, weshalb wir mit dem Stadtrat stimmen.

Mauro Tuena (SVP): Es ist bedauerlich, dass die CVP ein paar Tage vorher auf diesem Konto einen Budgetantrag anhängt. Vor allem deshalb, weil keine Motion eingereicht wurde. Der Stadtrat selbst findet, es mache wenig Sinn, 45 neue Stellen auf einmal zu schaffen. Er will diese Posten Schritt für Schritt in den nächsten zwei Jahren und dann wieder in drei Jahren ermöglichen. Die Motion dazu liegt in Kürze vor und ist entsprechend zu unterstützen. Zur Überzeit: Jede Arbeitnehmerin, jeder Arbeitnehmer entscheidet freiwillig, sich die Mehrstunden auszahlen zu lassen oder als Ferien einzuziehen. Für eine Auszahlung werden sich sicher nicht mehr als die Hälfte der PolizistInnen entscheiden, dennoch ist es ehrlich und richtig, den gesamten Betrag ins Budget einzustellen. Die Stelle für die Prostitutionsgewerbeverordnung will die AL streichen, zu einem Zeitpunkt, an dem die Verordnung noch nicht vollständig steht. Wird diese verabschiedet, bin ich gespannt, wie die Regelungen ohne das entsprechende Personal durchgesetzt werden sollen.

Roger Tognella (FDP): Die Motion, die dem vorliegenden Beschluss zugrunde liegt, entstand nach einer Eskalation. Man bemängelte eine fehlende Pikettorganisation genauso wie eine Interventionseinheit. Es hiess, die Polizei sei nicht schnell genug vor Ort. Der flache Personalbestand ist eine Tatsache und der Stadtrat soll eine kreditschaffende Weisung bringen. Dann kann sich der Gemeinderat mit den mannigfaltigen Aufgaben des städtischen Korps beschäftigen, über vorhandene Ressourcen und eine mögliche

Zusammenarbeit mit anderen Korps diskutieren. Doch jetzt und hier hat der Stadtrat einen begründeten Antrag gestellt, weshalb die Gelder für die beschlossenen Stellen entsprechend im Budget sind.

Christian Traber (CVP): Unsere Motion wurde nicht für dringlich erklärt und deshalb nicht rechtzeitig behandelt. Wir haben den Antrag trotzdem ins Budget genommen, weil wir dem Stadtrat die Möglichkeit geben wollen, die nötigen Stellen direkt zu besetzen. Man sollte diese nicht begrenzen, wenn es 2012 statt nur 15 gute PolizistInnen ganze 30 gute PolizistInnen gibt.

S. 208	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
100.	Antrag Stadtrat			210'689'400		
			2'730'000	213'419'400	Mehrheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		106'300		210'583'100	Minderheit 1 Enthaltung	Walter Angst (AL) Referent Samuel Dubno (GLP)
100.a			5'730'000	216'419'400	Minderheit 2	Antrag von Marcel Schönbächler (CVP)

Begründung: Mehrheit: Kompensation Überzeit; Minderheit 1: Verzicht neue Stelle Kripo Bewilligungspersonal; Minderheit 2: Kompensation Überzeit (Fr. 2'730'000) und Finanzierung der mit der Motion 2011/374 geforderten Polizeistellen (Fr. 3'000'000)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und der Minderheit 2.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (213'419'400) 96 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 100, Protokoll-Nr. 2094/2011).

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2122. 2011/498

Schriftliche Anfrage von Dr. Ueli Nagel (Grüne) und Jürg Ammann (Grüne) vom 16.12.2011:

Nutzung des Know How der Kaderleute im Pensionierungsalter

Von Dr. Ueli Nagel (Grüne) und Jürg Ammann (Grüne) ist am 16. Dezember 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Während auf Bundesebene Modelle eines flexiblen Renten- und AHV-Alters erst diskutiert werden, ermöglicht das Personalrecht der Stadt Zürich bereits eine gewisse Flexibilität beim Altersrücktritt. Damit verbunden stellt sich die Frage, wie die Stadtverwaltung dem Bedürfnis nach einer produktiven Nutzung des Know How von langjährigen, erfahrenen Mitarbeitenden auch nach ihrer (Früh-)Pensionierung Rechnung trägt. Mit dem Übertritt der „Babyboomer“-Generation ins Rentenalter akzentuiert sich in verschiedenen Berufsgruppen diese Thematik noch zusätzlich.

Für oberste Kaderangehörige der Stadtverwaltung im (Früh-)Pensionierungsalter hatte der Stadtrat im Jahre 2005 versucht, mit der Gründung der „Zielpunkt AG“ ein Gefäss zu schaffen, um das Know How dieser erfahrenen Kaderleute über die Pensionierung hinaus als BeraterInnen „in der Stadtverwaltung und den mit der Stadt verbundenen Organisationen und Betrieben“ einzusetzen. Die Zielpunkt AG war ab Juli 2005 rund dreieinhalb Jahre operativ tätig, musste jedoch 2009 „mangels übertrittswilliger Kandidatinnen und Kandidaten“ liquidiert werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat nach dem Scheitern der Zielpunkt AG in anderer Form das Know How von obersten Kaderleuten im Pensionierungsalter weiter zu nutzen? Wie wurden die potentiellen „InteressentInnen“ für die Zielpunkt AG angesprochen und welche Kommunikationsmittel werden heute genutzt?
2. Welchen Stellenwert gibt der Stadtrat grundsätzlich der Ressource „Lebens- und Berufserfahrung“ von pensionierten Mitarbeitenden der Stadtverwaltung?
3. Gibt es eine allgemeine Planung des „Know How-Transfers“ im Zusammenhang mit Altersrücktritten langjähriger Mitarbeiter/innen (nicht nur Kaderangehörige!)?
4. Falls dies nicht zutrifft, wieweit kann der Stadtrat auf die Erfahrungen einzelner Dienstabteilungen zu dieser Thematik zurückgreifen? Gibt es insb. bei den Schulen (evtl. auf Ebene Schulleitung) solche Erfahrungen, die ausgewertet werden könnten?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 16. Dezember 2011, 20.30 Uhr.